

Die "Konfrontation spielt sich nicht zwischen Völkern und Nationen ab" (Alexis Tsipras)

Eine kritische Bestandsaufnahme internationaler Solidarität

von Armin Kammrad, 11/16.05.2015

Was Alexis Tsipras bereits Mai 2013 hervorhob (1), nämlich, dass "der Krieg" nicht zwischen Völkern und Nationen, sondern "zwischen den Arbeitskräften auf der einen Seite und den Kräften des Kapitals auf der anderen Seite" stattfindet, scheint hier im Land immer noch nicht so recht angekommen zu sein. Immer noch unterschätzen selbst die Gewerkschaften trotz verhaltener Solidaritätsansätze (2), dass es beim Konflikt mit Syriza um viel mehr geht, als um die Auseinandersetzung in einem x-beliebigen EU-Mitgliedsstaat im sonnigen Süden über eine Alternative zur neoliberalen Sparpolitik. Die Hetze durch Politik und Medien hier im Land läuft auf Hochtouren, die Solidarität (3) ist daran gemessen viel zu gering. Deshalb hier ein paar Gedanken zu einem Thema, was letztlich auch für die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland fundamental ist.

Sind Alternativen zum Neoliberalismus nur eine Sache für Psychopaten?

Dass der wirtschaftspolitische Mainstream vom "Geisterfahrer" Tsipras und dem "Zeitverschwender" Varoufakis so "genervt" ist, hängt auch damit zusammen, dass man sich solches Desinteresse bisher völlig ungestraft noch erlauben kann. Es geht um Stimmung und nicht um Fakten, aber auch um Unterwürfigkeit unter die Macht des Gewohnten, gerade dann, wenn das Gewohnte immer mehr gefährdet erscheint und fragwürdiger geworden ist. "Es gibt keine Alternative" beinhaltet auch den Satz: "Es darf keine Alternativen geben". Und dies meint man in Berlin und Brüssel wörtlich.

Um die Alternativlosigkeit medial durchzusetzen, ist scheinbar jede Argumentationsebene akzeptabel und sei sie noch so bizarr. So verfasste Jan Fleischhauer, seit 1989 SPIEGEL-Redakteur, am 10. März auf SPIEGEL-Online eine Kolumne mit dem Titel "Holt den Psychiater!", worin er behauptete: "Um das Verhalten der Regierung in Athen zu verstehen, muss man die Medizin zurate ziehen" (4). Im Einzelnen führt Fleischhauer dazu aus: "Der erratische Auftritt der Syriza-Leute lässt sich in Wahrheit nicht spieltheoretisch verstehen, sondern nur psychopathologisch. Wer genau hinhört, findet alle Elemente, die Fachleute dem "psychotischen Erleben" zurechnen: Da ist die fixe Idee, die das Denken in Beschlag nimmt, die obsessive Beschäftigung mit imaginären Feinden, die immer zahlreicher werden (nach Deutschland nun auch Italien und Spanien), die Unfähigkeit, die Dinge so wie die Umgebung zu sehen. Für die psychotische Persönlichkeit ist Wirklichkeit grundsätzlich anders konstruiert, deshalb fällt die Verständigung ja auch so schwer" (a.a.O.). Besonders aufschlussreich: Fleischhauer hält nicht nur die jetzige Regierung in Griechenland für "geistig gestört", sondern ermuntert auch zu Intervention gegen die "Gefährlichen": "Die gute Nachricht ist, dass nicht jede psychotische Erfahrung als Krankheit zu werten ist. Oft lässt sich ein weitgehend normales Leben führen. Erst wenn es zu Beeinträchtigungen kommt, die eine soziale Teilhabe im Alltag in Frage stellen, rät der Psychiater zur Intervention. Die spannende Frage ist, wie man mit einer Regierung umgeht, die unter Halluzinationen leidet. Leider deutet alles darauf hin, dass Tsipras und seine Leute ihren Wahn nicht mehr unter Kontrolle haben." (a.a.O.)

Aber auch für Unterstützer von Syriza hat Jan Fleischhauer viel Unpassendes parat. Für ihn sind das "Groupies", wörtlich: "Diese offenen Hemden! Dieser coole Auftritt! Die neue Regierung in Athen hat schon richtige Groupies. Leider haben die Aufrührer außer großen Gesten wenig zu bieten. Der Revoluzzer als Schnorrer ist eine eher traurige Figur" (5). Würde Herr Fleischhauer Schulden, die er gar nicht zu verantworten hat, ohne mit der Wimper zuzucken, zurückzahlen? Die Regierung unter Tsipras macht dies bisher (und überwies am 06.Mai schon wieder brav 200 Millionen Euro an den IWF). Allerdings soll eine, vom griechischen Parlament beschlossene öffentliche Wahrheitskommission untersuchen, wie die Schulden überhaupt zustande gekommen sind, wer sie gemacht hat und wer davon profitiert hat (6).

Herrn Fleischhauers konservative Ausfälle liegen jedoch völlig im Trend der großen Medien hier im Land und - wie der Professor für Sozialwissenschaften an der Humboldt Universität in Berlin und ge-

fragte Politikberater, Herfried Münkler, zeigt - auch von Teilen der Wissenschaft (7). So behauptet Münkler in einem WDR-Interview im April, dass Griechenland nun "von Populisten übernommen" worden sei, obwohl seine eigenen Argumente, nämlich dass die Griechen "über ihre Verhältnisse gelebt hätten", weshalb der "Zahlmeister" Deutschland für die leidtragenden "deutschen Steuerzahler" und "kleinen Sparer" als europäische "Ordnungsmacht" intervenieren müsste, über ein typisch populistisches Ökonomieverständnis nicht hinausgehen (8). Deutschland soll in Europa zum "Zuchtmeister" werden, denn wenn - wie Daniel Dettling Münklers Intension zusammenfasst - "der Euro scheitert, scheitert nicht nur Europa, sondern auch Deutschland. Daher müsse Deutschland mehr Führung übernehmen, nicht nur ökonomisch, sondern ebenso politisch, militärisch und kulturell. Der europäische Zögling wird nolens volens zum „Zahl- und Zuchtmeister“ (9). Mikis Theodorakis hatte mit seiner Befürchtung Oktober 2011 also recht, als er kritisierte, dass "die Waffe der Schulden" genutzt wird, "um die Völker Europas zu versklaven und anstelle der unvollständigen Demokratie, in der wir leben, eine Diktatur des Geldes und der Banken zu errichten" (10). Münklers deutscher Nationalismus erscheint wie eine verhaltene Warnung, dass die Diktatur des Neoliberalismus im Fall des Falles selbst vor kriegerischen Mitteln nicht zurückschrecken würde.

Es herrscht hier im Land also weitgehend Abstinenz bezüglich sachlicher Auseinandersetzung mit der Tsipras-Regierung. Bestenfalls kommen griechische Kritiker der Tsipras-Regierung zu Wort, wie der grandios gescheiterte Georgios Papandreou jüngst in der FAZ (11). Das Bedenkliche daran ist weniger, dass eine sachliche Auseinandersetzung kaum stattfindet. Bedenklich ist vor allem, dass dies ausreichen soll und von einem Großteil der Bevölkerung hier im Land auch als ausreichend empfunden wird. Mit Bezug auf Griechenland und Lateinamerika erkannte Alexis Tsipras bereits 2013: "Wo die sozialen Bewegungen für die Bevölkerung versuchten, an die Macht zu kommen und deshalb von ihren politischen Feinden attackiert wurden, waren die Medien das Problem" (12). Was gegenwärtig Griechenland von Deutschland und anderen stramm neoliberal orientierten Staaten maßgeblich unterscheidet, sind die politischen Machtverhältnisse. Während dort eine linke Regierung an der Macht ist, richtet sich bei uns der Widerstand gegen eine eher rechte Regierung an der Macht. Während man bei uns den Widerstand beispielsweise gegen das neoliberale Unternehmen TTIP (transatlantisches Freihandelsabkommen) als legale andere Meinung durchgehen lässt, haben mit dem Wahlsieg von Syriza die bisherigen Befürworter von harten sozialen Einschnitten und brutalen Sparpaketen in Griechenland keinen gesetzgeberischen Einfluss mehr. Von der Sache her sind es allerdings letztlich die gleichen Leute, die TTIP durchsetzen und Syriza zu Fall bringen wollen. Und in beiden Fällen geht es darum, dass Profitinteressen rechtlich geschützt und demokratischen Interessen übergeordnet werden.

Dass man sich dabei den fremdenfeindlichen Vorurteilen von den "gierigen" oder "geistig nicht zu rechnungsfähigen" Griechen bedient, ist allerdings nur die eine Seite der Angelegenheit. Wie Herbert Thomsen vor kurzem zeigte, benötigt das Kapital hier Land unbedingt ausländisches Arbeitskräftepotenzial, weil "bis zum Jahre 2030 etwa mindestens 500 000 zusätzliche Arbeitskräfte jährlich nach Deutschland zuwandern müssen, um den Bedarf der heimischen Industrie nach Arbeitskräften in den Fabrikhallen zu decken" (13). Rassistische Vorurteile bedienende Ausfälle, wie die von Herrn Fleischhauer, sind in sofern nur für das "gemeine Volk". Die Vertreter des Kapitals zielen mehr auf eine gesteuerte, nur auf ökonomische Verwertbarkeit gerichtete Zuwanderungspolitik ab. Im Falle von Syriza verbinden sich allerdings beide Betrachtungsweisen: Erstens würde es eine erfolgreiche Syriza-Regierung u.U. sehr nachhaltig erschweren, dass gut ausgebildete Fachkräfte - nicht nur aus Griechenland - für deutsche Kapitalinteressen ihr Land verlassen. Zweitens ist Syriza nicht nur auf Griechenland fokussiert, sondern an einer grundsätzlichen Lösung der Eurokrise interessiert, wie besonders der von Yanis Varoufakis mitherausgegebene "Bescheidene() Vorschlag zur Lösung der Eurokrise" zeigt (14). Demgegenüber sind die Interessen des EU-Mitgliedstaates Deutschland ausschließlich auf nationale Vorteile ausgerichtet, mag auch eine europäische "Gemeinschaft" noch so oft beschworen werden (wie eindeutig die oben zitierte Position von Herfried Münkler zeigt). Und natürlich gäbe es für eine auf brutalen Neoliberalismus ausgerichtet EU-Wirtschaftspolitik nichts Schlimmeres, als dass Syriza Erfolg hätte und damit einen, evtl. sogar nicht nur auf Europa beschränkten, Widerstand Auftrieb geben würde.

Zum Problem der Gewerkschaften mit IWF und Syriza

Die Gewerkschaften nehmen eine - zumindest verbal - deutlich andere Haltung zur jetzigen Regierung in Griechenland ein als der mediale und politische Mainstream und sehen in ihr zumindest "eine Chance für Europa" (2). Trotzdem wird das Verhältnis kompliziert, sobald man sich etwas näher inhaltlich damit beschäftigt.

So heißt es beispielsweise in einer DGB-Resolution vom Februar: *"Die Europäische Union muss ihren Kurs grundlegend korrigieren und anstelle des bisherigen Spardiktats mehr Investitionen in den Krisenländern fördern. Zukunftsinvestitionen sind langfristig die einzige solide Grundlage für mehr Wachstum und Beschäftigung, mehr Wohlstand und für politische und soziale Stabilität in Griechenland und Europa"* (15). Der gewerkschaftlichen Grundlogik entsprechend, wird also alles, was Wachstum behindert, wie eine Austeritätspolitik, entschieden abgelehnt und die Bedeutung von Investitionen betont. Auch der "Bescheidene Vorschlag" von Varoufakis, Stuart Holland und James K. Galbraith hält ein *"investitionsgestütztes Rettungs- und Konversionsprogramm"*, ("New Deal") für erforderlich (16). Er kommt in sofern der Forderung des DGB entgegen, die da lautet: *"Dabei steht aber nicht nur Europa in der Verantwortung für die Zukunft Griechenlands, sondern zugleich die griechische Regierung in der Pflicht einer konstruktiven Zusammenarbeit mit den Mitgliedsstaaten und EU-Institutionen."* (15) Doch gerade das Konstruktive scheint nicht zu funktionieren, jedoch nicht wegen dem Verhalten der Tsipras-Regierung.

Ein unkorrektes und unangemessenes Verhalten wurde häufig besonders Varoufakis unterstellt. Als er sich auf dem Frühjahrstreffen des IWF in Washington um einen Aufschub der Mai und Juni fälligen Rückzahlungsraten an den IWF bemühte, wurde dies barsch mit den Worten *"wir kennen das Konzept der Gnadenfrist nicht"* abgelehnt (17). Nach Ansicht des SPIEGEL-Redakteurs Marc Pitzke, hätte Varoufakis trotzdem *"eigentlich bei IWF-Chefin Christine Lagarde bescheiden um eine Gnadenfrist bitten"* und sein Outfit den herrschaftlichen Geflogenheiten anpassen müssen: *"Doch bekanntlich will Varoufakis immer alles anders machen, allein schon durch sein Auftreten. Das gilt auch und gerade in Washington: Ringsum Maßanzüge, gestärkte Hemden, pastellschimmernde Krawatten, Insignien der Macht - doch Griechenlands Finanzminister erscheint salopp, in Sportsakko und offenem Hemd"* (17). Auch Wolfgang Münchau fand es *"besonders krass"*, dass Varoufakis alles anders machen will: *"Griechenland taumelt dem Abgrund entgegen, und der Finanzminister vergeudet die Zeit seiner Zuhörer mit theoretischen Belehrungen"*, monierte Münchau, dessen eigene theoretische Leistung sich darauf reduziert, von Griechenland die Einführung einer Parallelwährung und den vollständigen Austritt aus der Währungsunion sowie - wie könnte es auch anders sein - einen *"Reformplan, der den Kreditgebern genügt"* zu verlangen (18) und damit das genau Gegenteil von dem, was die Mehrheit der Griechen will. Für Münchau kommen aus der Ukraine *"konstruktive Vorschläge"*, weil sich die Verantwortlichen dort dem Diktat des IWF beugen. *"Die griechische Regierung ist gerade dabei, die wenigen Freunde, die sie in Europa noch hat, zu verlieren"* (a.a.O) - bezogen auf Münchau sicher kein großer Verlust.

Auch wenn man die Positionen von Varoufakis nicht teilt, sind die Gewerkschaften gefordert dieser Arroganz des IWF und der medialen Unterwürfigkeit unter neoliberaler Brutalität eine klare Absage zu erteilen. Denn der Neoliberalismus wird sicher nicht dadurch überwunden, dass man vor ihm betteln auf die Knie fällt und bei Verhandlungen nur in Maßanzug mit Krawatte erscheint (bei einer anderen Medienkampagne lebte Varoufakis übrigens angeblich zu wenig bescheiden; doch egal - Hauptsache die Stimmung gegen Varoufakis bleibt am Kochen). Die Art und Weise der Behandlung von Varoufakis ist nämlich nur ein Ausdruck davon, wie die herrschenden Macher des Neoliberalismus sich den Umgang mit ihren Gegner vorstellen, wenn man sie nicht mehr so einfach - wie nun in Griechenland - ins "pathologische Abseits" stellen kann. Hierbei kommt Varoufakis ein Verdienst auf alle Fälle zu: Gewollt oder ungewollt hat er demonstriert, dass der Neoliberalismus nicht einmal bereit ist, sich mit einem Vorschlag auseinanderzusetzen, der *"keine neuen EU-Institutionen"* vorsieht und *"die bestehenden Verträge nicht"* verletzt (19). Im "Bescheidene(n) Vorschlag" wendet sich Varoufakis zusammen mit seinen Mitautoren außerdem ausdrücklich sowohl gegen eine Vergemeinschaftung von Schulden (z.B. durch Eurobonds) als auch gegen deren Übernahme durch die EZB (20). Außerdem sind die Autoren überzeugt, dass es ohne *"eine Lösung für die Krise der Eurozone (...) keine föderale Struktur in der Eurozone geben"* wird (21). Dem liegt auch Varoufakis Einschätzung zugrunde, *"dass die heutige EU grundsätzlich ein undemokratisches Kartell ist, das die Völker Europas auf einen Weg der Menschenfeindlichkeit, der Konflikte und einer andauernden Rezession geführt hat"*. Diese Krise würde seiner Meinung nach jedoch *"kaum eine bessere Alternative zum Kapitalismus hervorbringen, sondern viel eher gefährliche rückwärtsgewandte Kräfte entfesseln, die ein Blutbad verursachen und gleichzeitig jede Hoffnung auf Fortschritt auf Generationen hinaus vernichten könnten"* (22).

Es sieht allerdings so aus, als würden die Macher des Neoliberalismus eher den Weg der Katastrophe als den irgendeiner "sozialen Marktwirtschaft", einschließlich der von den Autoren des Vorschlags geforderten Investitionsoffensive wählen und somit Alexis Tsipras Einschätzung bestätigen, der in einem Gespräch mit dem kroatischen Philosophen und Direktor des Subversive Forums Srećko Horvat Mai 2013 feststellte: *"Das System der freien Märkte kann nicht mehr Wohlstand und Wachstum für*

alle versprechen. Nach der Krise von 2008 ist dieses System zusammengebrochen und richtet jetzt seine Feindseligkeiten gegen die Gesellschaftsstrukturen. Auf diesem Weg geht es nicht mehr viel weiter. Europa wird entweder demokratisch und sozial sein, oder es wird aufhören zu existieren. Darum brauchen wir einen historischen Richtungswechsel" (23). Varoufakis mag die Situation falsch eingeschätzt haben. Was er und die Regierung Tsipras jedoch erfahren musste, sollte auch den, auf "sozialpartnerschaftliche Gestaltungsspielräume" orientierten Gewerkschaften (15) zu denken geben: Offensichtlich existieren solche Gestaltungsspielräume nicht mehr. Folglich ist auch fraglich, ob sich - wie der von gewerkschaftlicher Seite bereits 2012 initiierte Aufruf "Europa neu begründen!" (24) fordert - , "die EU zu einer Transferunion weiterentwickelt" und für Staatsanleihen "die Eurozone gemeinsam bürgen" wird, also genau das möglich sein soll, was die Autoren des "Bescheidene(n) Vorschlag(s)" für unrealistisch halten. Denn Ziel dieses Vorschlags war es vor allem, "den Menschen Europas" zu zeigen, "dass eine durchdachte, effiziente, sofort umsetzbare und bescheidene Alternative für die Lösung der Eurokrise existiert" (25). Es reicht in der Tat nicht aus, nur Forderungen aufzustellen. Im Fall von Griechenland geht es aktuell vor allem darum, das, was man fordert, auch wenigstens punktuell zu realisieren - trotz der ökonomischen und ideologischen Macht des Neoliberalismus.

Schulden als Macht des Neoliberalismus

Dass eine internationale Unterstützung der Tsipras-Regierung notwendig ist, zeigt eindrucksvoll der mediale und wirtschaftspolitische Umgang mit dieser Regierung. Dabei lässt sich der geistige Tiefgang mancher Kommentare durchaus als Stärke von Syriza und Schwäche von deren Kritiker interpretieren. Offensichtlich war man bei IWF, EZB und Eurogruppe nicht darauf vorbereitet, dass deren Politik nicht nur mehrheitlich unterstützt wird, sondern dass auch die angebliche Notwendigkeit von asozialen und brutalen Sparpaketen konsequent in Frage gestellt wird. Und hinter jeder Bösartigkeit gegen die jetzige griechische Regierung, steckt wohl immer auch die Angst, dass "griechische Experiment" könnte Schule machen. Umgekehrt besteht natürlich besonders unter Linken die große Hoffnung, dass Syriza trotz aller Angriffe und Erpressungsversuche durchhält. Die Frage ist natürlich nur, wie dies gelingen kann. Hier verstummt oft die erforderliche Solidarität, sobald es um die Schuldenproblematik geht, mit Ausnahme vielleicht der naheliegenden Forderung nach Streichung sämtlicher Schulden - nicht nur der griechischen. Die Tsipras-Regierung hat jedoch zwangsläufig das Problem, trotz enormer Schulden eine stabile Wirtschaft aufzubauen und gleichzeitig mit der neoliberalen Misswirtschaft der "Troika" und ihrer Untertanen in Griechenland konfrontiert zu sein; hinzu kommt die Bedrohung durch nationalistische und offen faschistische Kräfte (Goldene Morgenröte). Sie könnte höchste eine Schuldentilgung ablehnen, jedoch nicht die Schulden streichen. Allerdings könnte durchaus die deutsche Regierung endlich ihre Blockade der 7,3 Milliarden Euro Hilfgelder aufgeben, mit welcher die Tsipras-Regierung permanent erpresst wird - sofern der Druck auf sie hoch genug wäre.

Der US-amerikanische Anthropologe David Graeber schließt seine umfangreiche historische Analyse der Schuldenproblematik mit der Feststellung ab: "*Niemand hat das Recht, uns zu sagen, was wir wirklich schulden. Niemand hat das Recht, uns zu sagen, was wir wirklich wert sind*" (26). Besonders seit der Tsipras-Regierung hat dieser Zusammenhang von Schuld und Wert ein unverkennbares Aussehen bekommen. Denn obwohl selbst Eurostat zugeben musste, dass Griechenland mit einer Schuldenquote von -3,5% 2014 u.a. vor Frankreich (-4%), Irland (-4,1%), Großbritannien (-5,7%) und Spanien (-5,8%) lag (27), führte dies nicht einmal ansatzweise zu Toleranz gegenüber der jetzigen griechischen Regierung und der sie wählenden Mehrheit der Bevölkerung. Weil Griechenland Schulden hat, sind alle Vorschläge, Anträge usw. von dort nichts, was wert wäre, darüber auch nur ernsthaft zu diskutieren; der Verbleib von Griechenland stellt nun auch keinen Mehrwert mehr für die EU dar. Und damit Griechenland unter Tsipras weiterhin schuldig bleibt, wird alles unternommen, damit die Wirtschaftsleistung sinkt und die Schuldenquote steigt. Dies ist ein wesentlicher Grund, warum es für Griechenland keinen Kredit und keine Stundung gibt, obwohl Griechenland unter Tsipras alle fälligen Rückzahlungen bisher bediente. Wiederum Tsipras war von Anfang an klar, "*dass sich Europa und der IWF in Wirklichkeit nicht für den Ausweg der griechischen Wirtschaft aus der Krise interessieren. Viel wichtiger ist, dass dieses Programm, das im Wesentlichen das abschafft, was im Nachkriegseuropa als 'Sozialvertrag' bekannt wurde, als vorbildliches Modell eingeführt wird. Es ist nicht von Bedeutung, ob Griechenland letztendlich in den Konkurs und die soziale Verelendung geführt wird. Was zählt, ist, dass wir in einem Land der Eurozone offen über Löhne wie in China, über die Annullierung von Arbeitsrechten, über die Auflösung des Sozialversicherungssystems und des Sozialstaates, über die vollständige Privatisierung der öffentlichen Güter und Dienstleistungen sprechen*" (28). Wie zutreffend diese Einschätzung ist, beweist auch das Verhalten des IWF.

Der IWF kennt nicht *"das Konzept der Gnadenfrist"*, sondern hält sich - nach eigenen Aussagen - *"an die Regeln"* (17). Doch die Verantwortlichen im IWF wissen schon länger, dass Griechenland seine Schulden unmöglich noch bedienen kann und fordern deshalb gegenwärtig sogar die EU-Verantwortlichen auf, einen Schuldenschnitt durchzuführen. Die Regeln des IWF sind also doch recht dehnbar, zumindest was Griechenland betrifft. Wie der griechische Arbeitsminister Panos Skourletis am 04. Mai ausführte, ist der IWF jedoch bezüglich Abbau von Arbeitsrechten, Rentenkürzungen, Senkung des Mindestlohns, Massenentlassungen und Privatisierung absolut unnachgiebig. Nach Friedrich Heinemann vom Zentrum für europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim, *"müsste die Last 'rekonstruiert' werden, bevor weitere Hilfgelder des Fonds fließen könnten (...) Man darf nicht vergessen, dass das IWF-Geld von der Gemeinschaft von Industrie- und Entwicklungsländern kommt. Staaten, die viel ärmer seien als Griechenland, beteiligten sich damit ebenso an den Hilfen. Das erklärt, warum der IWF härter verhandelt - er würde sonst die Akzeptanz seiner Mitglieder verlieren."* (29). Doch stimmt es, dass der IWF seine Akzeptanz verlieren würde, wenn er nicht mit Krediten Länder wie Griechenland erpressen würde? Wie kommt Heinemann überhaupt auf die Idee, dass die ebenfalls armen Staaten den erbarmungslosen Neoliberalismus des IWF akzeptieren? Ist es nicht eher so, dass alle Staaten, die beim IWF in der Kreide stehen (wie übrigens nun auch die Ukraine), deren Vorgaben akzeptieren müssen? Und zeigt das Beispiel Griechenland nicht anschaulich, wie es abläuft, wenn sich ein Staat erdreistet, die Vorgaben des IWF in Frage zu stellen?

Wie der IWF in Wahrheit tickt, wurde oft genug analysiert und kritisiert. So erwähnte Naomi Klein bereits den ehemaligen IWF-Mitarbeiter Davison Budhoo, der *das "gesamte Strukturanpassungsprogramm des IWF (...) als eine Form von Massenfolter"* charakterisierte, *"mit der 'vor Schmerzen schreiende' Regierungen und Völker gezwungen (werden), vor uns gebrochen auf die Knie zu fallen und in Todesangst und Auflösung um ein bisschen Einsicht und Anstand unsererseits zu betteln. Aber wir lachen ihnen grausam ins Gesicht, und es wird unvermindert weiter gefoltert"* (30). Auch der Nobelpreisträger Joseph Stiglitz entlarvte das völlig gebrochene Verhältnis des IWF zur Demokratie: *"Die bislang betriebene Globalisierung versucht die Diktatur nationaler Eliten durch die Diktatur der internationalen Finanzmärkte zu ersetzen. Den Ländern wird klipp und klar zu verstehen gegeben, dass ihnen die Kapitalmärkte und der IWF keine weiteren Kredite mehr gewähren, wenn sie nicht gewisse Bedingungen erfüllen. Sie werden von den internationalen Finanzinstitutionen und -märkten im Grunde dazu gezwungen, ihre Souveränität aufzugeben"* (31). Eine nicht nur verbal, sondern real souveräne und nicht neoliberalen Vorgaben folgende Regierung, wie jetzt in Griechenland, kommt im IWF-Konzept schlichtweg nicht vor. Um sein Konzept durchzusetzen, vergibt man auch gerne Kredite - wenn natürlich nicht aus der eigenen Tasche. Dass Griechenland im EU-Rat gegen 18 streng neoliberale Mitgliedsländer allein steht, besagt angesichts der IWF-Politik nicht viel. Denn mit seiner Forderung nach einem Schuldenschnitt versetzt der IWF sowohl die Länder in Angst, die von dort Kredite erhalten haben oder benötigen, als so auch all die Länder verärgert auf den Widerständler "Griechenland" reagieren, die durch einen Schuldenschnitt Bares verlieren würden. Die Forderung nach einem Schuldenschnitt kann somit, wie der IWF zurzeit beweist, auch dazu benutzt werden, um die Reihen gegen die Abtrünnigen in Griechenland noch enger zuschließen, um damit den Zielen einer neoliberalen Ausrichtung Griechenlands näher zu kommen. Und ob das mit dem Schuldenschnitt wirklich ernst gemeint ist, steht noch auf einem anderen Blatt, was man aufschlagen wird, wenn es wirklich ernst wird. Laut FAZ will angeblich Wolfgang Schäuble und die Bundesregierung angesichts drohendem Staatsbankrotts *"alles tun, um Griechenland unter verantwortbaren Konditionen in der Euro-Zone zu halten"*. Diese "Verantwortung" reduziert sich doch trotz der Gefahr eines Staatsbankrotts auf die bekannte Erpressung: *"Ohne eine Vereinbarung über die verlangten Reformen können blockierte Hilfgelder von 7,2 Milliarden Euro nicht an Griechenland ausgezahlt werden"* (32).

"Einigkeit macht uns stark" (6)

Während hier im Land Alternativen zur neoliberalen Austeritätspolitik bei der öffentlichen Meinungsmache als etwas völlig Weltfremdes und Absurdes abgehandelt werden, beginnt der Aufruf der vom griechische Parlament beschlossenen Wahrheitskommission mit den Worten: *"An alle Männer und Frauen, die die Sparpolitik ablehnen und nicht bereit sind, für öffentliche Schulden aufzukommen, die uns im Würgegriff halten und hinter unserem Rücken und gegen unsere Interessen vereinbart wurden"* (6). Bei uns ist durchaus Kritik am Neoliberalismus erlaubt und mensch darf sogar - wenn auch nur "friedlich" - dagegen demonstrieren. Andere Machtverhältnisse anzustreben wäre jedoch "extremistisch", illegal oder zumindest weltfremd. Hier liegt auch das eigentliche Problem neoliberaler Macht im Falle von Syriza. Da legal an der Macht, bleibt - von militärischen Interventionen abgesehen - nur der mediale und erpresserische "Nachweis", dass Syriza weltfremd, ja, für die "schöne neue Welt" des Neoliberalismus - auch für Griechenland selbst - eine Gefahr darstellt. Natürlich stellt sich damit auch

die Frage, in welcher Welt wir eigentlich leben wollen. Auch deshalb können es die Gewerkschaften nicht bei verbalen Solidaritätsbekunden belassen und ansonsten sich auf Tarifaueinandersetzen beschränken. Diese sind zwar wichtig, ersetzen jedoch keine praktische Solidarität, wenn sich die Staaten (einschließlich der USA) in ihrem gemeinsamen Kampf gegen Syriza weitgehend einig sind.

Der Erfolg dieses Kampfes, den die Mehrheit der Griechen gegenwärtig stellvertretend für die internationale Arbeiterbewegung führt, hängt natürlich auch davon ab, wie geschlossen die Gegenkräfte des Kapitals agieren können. Wie bereits erwähnt, basiert ja der "Bescheidene() Vorschlag" der drei Ökonomen auf die Einschätzung, dass es künftig immer weiter bergab geht, bleiben die wirtschaftlichen Macher bei ihrer Ablehnung von Alternativen zum Neoliberalismus. Auch wenn das System damit selbst dem Kampf in Griechenland mehr Sympathisanten zuführt, sollte ein Agieren einem Reagieren möglichst vorausgehen. Dies ist möglich und wird stellenweise auch praktiziert (3) - von gewerkschaftlicher Seite allerdings noch viel zu wenig, gemessen am Druck auf die Tsipras-Regierung.

Sicherlich stellt sich bei allen praktischen Formen der Unterstützung - z.B. durch Demonstrationen oder gar Streiks - immer auch die Frage nach der Beteiligung. Wie der Paritätische Gesamtverband berechnet hat, stieg bei uns trotz - bzw. gerade wegen - Hartz IV die Armutsquote von 2006 bis 2012 kontinuierlich von 14,0 auf 15,2 Prozent, obwohl gleichzeitig die offizielle Arbeitslosenquote fiel (33); Armut trotz Arbeit also. Damit verbunden ist die etwas bedrohliche Erfahrung, dass Wirtschaftswachstum sich auch in Deutschland (nicht mehr) in einem Rückgang der Armut, sondern in deren Anstieg, niederschlägt (34). Trotzdem sollte nicht übersehen werden, dass trotz Niedriglohn auch die strukturelle Ungleichheit bei den abhängig Erwerbstätigen deutlich zugenommen hat, was sich auch in zunehmender Ungleichheit beim Einkommen niederschlägt. Und speziell hier im Land hatte ein gewisser Herr Sarrazin bereits 2010 mit seinen Eugenik-Visionen ("Deutschland schafft sich ab") Vorarbeit geleistet. Der "fleißige Deutsche" beinhaltet als nationalistischen Gegenpart den "faulen Griechen", wie die "sparsame schwäbische Hausfrau" von Frau Merkel (35) den sonnengebräunten und sein Geld verschleudernden "griechischen Macho". Dass eine funktioniert nicht nur ohne das andere, beides bedingt sich und das eine ist zwangsläufig im anderen enthalten. Und wie die durch neoliberal motivierte Ab- und Ausgrenzungsversuche bedingten massenhaft krepierenden Flüchtlinge und Asylanten im Mittelmeer zeigen, funktioniert der Neoliberalismus, obwohl schon die Urväter der freien Marktwirtschaft, Adam Smith und David Ricardo beispielsweise, wussten, dass vom Prinzip her ein freizügiger Kapitalismus auch den von Lohnarbeit Abhängigen völlige Freizügigkeit bei der Suche nach Arbeit gewähren muss; bei einem globalisierten Kapitalismus eben auch global. Aber auch, wenn - wie Tsipras betont - die Auseinandersetzung nicht zwischen den Völkern und Nationen, sondern zwischen Arbeit und Kapital abläuft (1), heißt das nicht, dass auf der Seite der Arbeit nationalistische Vernebelung keine Früchte trägt. Eine Ablehnung von Solidarität mit der jetzigen griechischen Regierungspolitik lässt sich genau so deuten: Je geringer sie ausfällt umso mehr ist wohl davon auszugehen, dass auch in den Reihen der Arbeiterbewegung nationalistische Berührungängste mehr oder weniger erfolgreich verankert werden konnten.

Der mittlerweile zum festen Begriff für linkes und provokantes Denken in der Philosophie gewordene slowenische Philosoph und - neben Srećko Horvat - Mitorganisator des 6. Subversive-Festival in Zagreb am 15. Mai 2013, Slavoj Žižek, ist begeisterter Anhänger von Alexis Tsipras und Syriza: "*Syriza steht für das, auf was wir als Europäer stolz sein sollten*" (36). Dass von diesem Festival bei uns in den Medien nur der angeblich echte oder gefälschte ausgestreckte Mittelfinger Varoufakis journalistisch für Aufmerksamkeit sorgte, war nicht nur ein ehrlicher Ausdruck der medialen Qualität hier im Land, wenn es um solches Festival geht. Srećko Horvat und Slavoj Žižek nahmen diesen Vorgang auch zum Anlass für eine öffentliche Stellungnahme, in der sie betonten, der "*wahre Skandal*" sei nicht "*der Gebrauch der guten alten griechischen Tradition des Mittelfingers (...). Sondern das, was die deutsche Regierung Griechenland und dem Rest Europas antut. In der Debatte um kleine Finger sollten wir also nicht vergessen, was für einen riesigen Finger Berlin und Brüssel in Richtung Griechenland*" strecken (37). Und in der Tat: Gerade bei den Gewerkschaften hier im Land, wäre es unverständliche, warum eine scharfe Kritik an der Bundesregierung Trennendes statt Verbindendes bewirken sollte. Für Horvat und Žižek "*war der Finger in die richtige Richtung gestreckt. Diese Botschaft kam bei allen auf dem Subversive-Festival im Mai 2013 unmissverständlich an - und sollte es heute, besonders in Deutschland, eigentlich auch*" (a.a.O.). Was speziell Varoufakis betrifft, stellt sich mir eher die Frage, ob er und seine Mitautoren im "Bescheidene(n) Vorschlag zur Lösung der Eurokrise" nicht viel zu diplomatisch mit der deutschen Regierung umgegangen sind.

Slavoj Žižek und das Problem der Zukunft

Slavoj Žižek ist nicht einfach begeisterter Unterstützer von Syriza. Er tritt auch als "es gut meinender", meist provokanter Kritiker der Linken auf, was vor allem in seiner Grundformel *"Von Marx zurück zu Hegel!"* zum Ausdruck kommt (38). Seine Unterstützung hat Gründe: *"Syriza ist, darum unterstütze ich sie ohne Vorbehalte, die Stimme des wahren, moderaten Realismus"* (36) begründete Žižek seine Solidarität auf dem Subversive-Festival. Mit "moderaten Realismus" meint Žižek eine den aktuellen Verhältnissen entsprechende Bewegung gesellschaftlicher Veränderung. Protestformeln, wie die von den Menschen, die nicht mehr für das Geld arbeiten sollen, statt das Geld für die Leute, lehnt er ab; *"allgemeine, humanitäre Argumente"* sind für Žižek *"nicht genug"* (39). Für ihn ist der Neoliberalismus keine Abweichung vom "rechten Weg", sondern realer Kapitalismus, weshalb er einmal auch schrieb: *Man "kann nicht beides haben: einen demokratischen Aufschwung und die neoliberale Sparpolitik. Der Kaffee des demokratischen Aufschwungs kann nur ohne die Sahne des Neoliberalismus serviert werden"* (40). Für Žižek kann es nicht um eine moralische Haltung - *"besonders im Bereich Ökologie"* - als Alternative zum Profitdenken gehen. Für ihn ist der heutige Kapitalismus *"nicht utilitaristisch. Wenn wir ihn von einem utilitaristischen, pragmatischen Standpunkt aus betrachten, zumindest in Europa, dann ist der aktuelle Kapitalismus ein Alptraum, eine Utopie, die uns alle ruinieren wird"*. Nach Žižek *"passt gerade etwas sehr Gefährliches in Europa (...), die politischen europäischen Eliten verlieren zunehmend ihre Fähigkeit zur Herrschaft"*. Für ihn ist die *"Partei der extremen Linken"* aufgrund des Versagens und der Irrationalität der Herrschenden, deshalb *"effektiv die Partei des Pragmatismus und der Vernunft"* (41).

Unverkennbar - und deshalb bin ich hier so ausführlich auch auf Žižek eingegangen - findet man von den Positionen der griechischen Regierung hier einiges wieder. So ist die Sichtweise Varoufakis, den Žižek ausdrücklich bewundert - der Žižeks zumindest nicht unähnlich. Mit dem "Bescheidene(n) Vorschlag" geht Varoufakis pragmatisch vor und präsentiert dem Neoliberalismus in seiner Herrschaftskrise "vernünftige" Alternativen. Dem gegenüber kritisiert Žižek an den Linken, dass diese *"statt die Macht zu ergreifen (...) Bücher schreiben. (...) Die besten Bücher der radikalen Linken sind meist sehr überzeugende Analysen des Scheiterns"*. Die *"Einzigartigkeit von Syriza"* besteht für Žižek deshalb darin, dass *"es wirklich radikale Linke"* sind, welche *"die Courage"* haben, *"die Macht zu übernehmen"*, trotz des Bewusstseins der damit verbundenen *"unglaublichen Schwierigkeiten"* (42). Mit diesen Schwierigkeiten und seinem Realismuskonzept verbindet Žižek auch eine ebenso realistische linke Politik für Griechenland und natürlich ganz Europa. Da für Žižek (genauso wie für Varoufakis übrigens) klar ist, dass *"wir zumindest für einige Dekaden noch im Kapitalismus leben werden"*, sucht er nach Bündnispartnern, wie den *"Kapitalisten, die auf Grund ihrer Situation nicht einfach Teil der internationalen Ausbeutermafia sind (...), denn es geht nicht einfach darum, gegen die Reichen vorzugehen, sondern es muss eine genau geplante Strategie sein"*. Für Žižek ist nicht nur wichtig, dass Syriza es *"nicht nur einfacher für die Arbeiter"* macht. Für ihn wäre es ein *"wahrer Triumph Syrizas (...), wenn also diese Leute als ehrlich Kapitalisten, Syriza wählen würden"* (43). Aber kann ein solches Bündnis wirklich dauerhaft funktionieren? Was ist mit den Klassengegensatz, den Tsipras betont?

Hierzu erklärt Žižek zwar, dass eine *"einfache Rückbesinnung auf den alten sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaat (...), keine Lösung"* wäre. Er bringt jedoch wenig überzeugend die *"Frage der intelligenten Allianzen ins Spiel"*, nachdem er zwar Tsipras darin zustimmt, *"den Reichen etwas (zu) nehmen und den Armen (zu) geben"*, jedoch darauf besteht, dass es *"nicht nur diese alte, simple Umverteilung"* sein kann (a.a.O.). Wenn man davon ausgeht, dass wir *"einige Dekaden noch im Kapitalismus leben werden"* (vgl. oben), ist die Bündnisidee zumindest theoretisch folgerichtig - aber eben nur theoretisch.

Was Žižek radikale Position vom realistischen Kapitalismus betrifft, der - nicht unähnlich Varoufakis - noch einige Dekaden in Richtung Destruktion sich bewegen soll, ist die jetzigen Situation in Griechenland tatsächlich ein anschaulicher Maßstab, um diese theoretische Anschauung zu überprüfen. Unbestreitbar ist, dass eine Überwindung des Neoliberalismus mehr als überfällig ist. Fraglich ist eher, ob nicht gerade weitere Destruktion den Prozess grundlegender Systemumgestaltung beschleunigen wird. Denn bis heute liegt Griechenland für viele Menschen hier im Land immer noch unter südlicher Sonne, wo man höchstens aus Solidarität seinen Urlaub macht. Klar ist jedoch auch, dass statt dem erhofften "Paradies" die große Katastrophe kommen kann, weil man zulange die Herrschaft des Neoliberalismus als Paradies, nur mit Ecken und Kanten, bzw. für einen "entarteten Kapitalismus" statt für typischen Kapitalismus hielt.

Unverkennbar ist nach 100 Tagen Tsipras-Regierung, dass die herrschenden Wirtschaftsstrategien nicht auf Alternativen eingehen und lieber den Gläubigerstatus zur Erpressung nutzen. Bündnisse mit "ehrlichen Kapitalisten" in Griechenland sind auf diesem Hintergrund äußerst riskant und stellen die Tsipras-Regierung unweigerlich immer wieder vor der Wahl zumindest kritischer sozialpartnerschaftlicher Entscheidungen oder wie Tsipras selbst erkannte: *"Das Problem ist immer: Wie nähert man sich der Macht, ohne von ihr assimiliert zu werden (...). Macht macht aus dir einen 'Realisten', und das führt zu Zugeständnissen und Kompromissen, die deinen Prinzipien entgegenlaufen"* (44). Wenn Tsipras von Wahlversprechungen auf Druck der Institutionen immer weiter abrückt, kann er so vielleicht Zeit gewinnen und grundsätzlich wichtige Ziele linker Politik vielleicht retten; ungefährlich ist dies allerdings nicht. Dies kann eine Weile funktionieren, was aber weniger von den Verhältnissen in Griechenland abhängen wird, sondern vom europäischen Umfeld. Ein linker Sieg in Spanien würde eindeutig Syriza den Rücken stärken. Auch deutlich mehr gewerkschaftlicher Solidarität gerade im europäischen "Kernland" Deutschland, ist für Syriza überlebensnotwendig. Žižek Vorschlag für eine linke "Realpolitik" wirkt auf mich in sofern als wenig hilfreich, da offensichtlich aus reiner Not geboren. Für mich steht sie auch im Widerspruch zu seiner Grundeinschätzung vom realen Kapitalismus in Gestalt des Neoliberalismus.

Mein Hauptproblem mit Žižek, doch ebenso mit Vaurofakis, ist der Versuch irgendwie zurückzugehen, d.h. vom Neoliberalismus zum sozialpartnerschaftlichen Kapitalismus. Bei Varoufakis wird dies deutlich, wenn man seinen - zusammen mit Holland und Gabraith verfassten - Vorschlag daraufhin untersucht, wie die Alternative funktionieren soll. Letztlich wird dort immer ein funktionierender Kapitalmarkt vorausgesetzt, beispielsweise bei den Anleihen für Entschuldung und Investitionen, wo den Institutionen, wie EZB und ESM, nur andere Funktionen in der EU-Architektur zugewiesen werden. Wer aber sagt, dass der Markt immer funktionieren wird? Sind hier Verbesserungen überhaupt noch möglich? Klar wäre eine deutlich sozial ausgeprägte Wirtschaftspolitik ein gewisser Fortschritt. Aber das einmal Syriza mit einem sozialeren Kapitalismus gegenüber der neoliberalen Umwelt punkten kann, halte ich für unwahrscheinlich. Hinzukommt, dass gerade die für Žižek nicht zukunftssträchtigen Linken (nicht nur) in Europa eine aktuell wesentliche Stütze für Syriza sind, und dass auch in Griechenland es maßgeblich darauf ankommt, dass sich die Linken, als Oberbegriffe für verschiedene Ausrichtungen, einig sind und geschlossen handeln. Ein Hauptinteresse des Neoliberalismus war und ist auch hier die Spaltung.

Žižek Hintergrund bilden sicher die vielen gescheiterten sozialistischen Experimente. Dabei sollte jedoch nicht übersehen werden, dass es den Weg zurück zu einem sozial gemäßigten Kapitalismus nie gab. Sei es die Sowjetunion, die DDR oder Jugoslawien - stets führte (mit Ausnahme vielleicht des ersten) der Weg schnurstracks in den Neoliberalismus. Ansätze in Portugal nach der Nelkenrevolution versanken ebenso im neoliberalen Sumpf, wie nach dem Ende der Junta in Griechenland die Möglichkeiten für eine sozialere Politik sehr begrenzt waren. Und der "kommunistische Kapitalismus" Chinas ist zwar wirtschaftlich bisher erfolgreich, aber extrem brutal. So liegt es zwar nahe aus früheren Niederlagen zu lernen, nicht jedoch zu irgendeinem besseren Stadium des Kapitalismus zurückzugehen. Diesbezüglich würde ich eher in Anlehnung an Žižek sagen, dass der Neoliberalismus genau dieses "bessere" Stadium des Kapitalismus verkörpert, wozu auch die Ohnmacht bezüglich dessen Beherrschbarkeit gehört, was bereits Marx hervorhob. Zu diesem Mangel, der sich auch in der Behauptung, "man könne nicht gegen den Markt regieren" ausdrückt, gehört auch die Frage nach der Kontrollierbarkeit der unter neoliberalen Ausbeutungsbedingungen leidenden Menschen. Der Wahlsieg der Regierung Tsipras beweist, dass die Kräfte des Neoliberalismus zur gesicherten Herrschaft nicht mehr so problemlos fähig sind.

Parolen wie "Eine andere Welt ist möglich" mögen utopisch anmuten. Handelt es sich beim *"aktuellen Kapitalismus"*, wie Žižek darlegte, jedoch um *"eine Utopie, die uns alle ruinieren"* kann (vgl. oben (41)), wird die Utopie von einer anderen Welt (auch im Sinne Hegels übrigens), immer realistischer und wahrscheinlicher. Was die eine Seite an Beherrschbarkeit einbüßt, wird zu realistischer Chance für die andere. Mehr Utopie und dem Kapitalismus bisher total Fremdes kann an die Stelle von Altbekanntem, aber trotzdem nicht unbedingt mehr Zeitgemäßen, gesetzt werden. Das ist riskant, aber deshalb nicht unmöglich. Um es nochmals in Žižek eigener Terminologie auszudrücken: *"Der Weg, um die Katastrophe zu bekämpfen, liegt in Handlungen, die (das) Zusteuern auf den katastrophischen 'Fixpunkt' unterbrechen und das Risiko auf sich nehmen, einer radikalen Andersheit 'zum Kommen' zu verhelfen"* (44).

In diesem Spannungsfeld agiert und regiert zurzeit die Regierung Tsipras. Nach Tsipras *"muss sich die Linke, um die Vormachtstellung zu erlangen, von ihrer besten Seite zeigen. Sowohl als revolutio-*

näre Kraft als auch als Reformkraft. Das bedeutet, dass die Linke sowohl innerhalb als auch außerhalb der Institutionen aktiv und effektiv sein muss" (45). Dies ist zweifellos ein Spagat, wie aktuell auch Tsipras Bereitschaft zeigt, den Forderungen der Gläubiger in bestimmten Punkten und trotz anderem Wahlversprechen entgegenzukommen, sofern ein Referendum dies befürwortet (46). Nur gerade weil die griechische Regierung in diesem Spannungsverhältnis steht, ist Solidarität so existenziell wichtig. Die Notwendigkeit von massenhafter Solidarität zeigt sich auch darin, dass Tsipras in einem Fernsehinterview erklärte: *"Wenn ich letztlich mit einer Vereinbarung dastehe, die die Grenzen [meines Mandats] überschreitet, habe ich keine andere Wahl, die Menschen werden entscheiden"* (47). Doch die Menschen in Griechenland werden ihre Entscheidung auch davon abhängig machen, wie stark die Unterstützung des von der Tsipras-Regierung eingeschlagenen Weges vor allem außerhalb von Griechenland ist. Und hier sind nicht zuletzt auch die Gewerkschaften gefordert. Denn eine Niederlage der Tsipras-Regierung ist letztlich auch ihre. Um einen historischen Richtungswechsel zu verwirklichen, müssen - wie Tsipras betont - *"die europäischen Bevölkerungen die Situation in die Hand nehmen - durch Kampf, radikale Brüche, im Gleichschritt und durch Solidarität"* (23). Gerade weil Politik und Medien bei uns gegen Syriza einen erbarmungslosen Klassenkampf führen, sollten die Gewerkschaften entsprechend mit massenhafter Solidarität reagieren, statt sich durch bewusst geschürte angebliche "Unklarheiten", "Widersprüche" und durch Lügen in eine Warteposition setzen zu lassen.

Quellen

1. zit. nach Srećko Horvat / Slavoj Žižek "Was will Europa? Rettet uns vor den Rettern", LAIKA-Verlag Hamburg 2013, S. 122
2. vgl. z.B. "Griechenland nach der Wahl – Keine Gefahr, sondern eine Chance für Europa", <http://www.europa-neu-begrunden.de/>
3. Einen wichtigen Beitrag liefern hier die Herausgeber des "FaktenCheck: Hellas"; vgl. http://www.labournet.de/internationales/griechenland/griechische_schuldenkrise-griechenland/widerstand/zeitung-faktencheckhellas-solidaritaet-mit-der-bevoelkerung-in-griechenland/
4. Jan Fleischhauer "Holt den Psychiater!", SPIEGEL-Online 10.03.2015 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/griechenland-und-die-euro-verhandlungen-holt-den-psychiater-kolumne-a-1022699.html>
5. Jan Fleischhauer "Der Syriza-Kult", SPIEGEL-Online 24.02.2015 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/jan-fleischhauer-ueber-den-hype-um-syriza-in-griechenland-a-1020188.html>
6. vgl. Aufruf unter <http://cadtm.org/Appeal-to-support-the-Resisting>; deutsche Übersetzung: http://www.labournet.de/wp-content/uploads/2015/05/audit_uebersetzung.pdf
7. Herfried Münkler ist bekannt für sein deutsches Vormachtsdenken in Europa, wie er es ausführlich in seiner jüngsten Veröffentlichung "Macht in der Mitte. Die neuen Aufgaben Deutschlands in Europa", Edition Körber Stiftung, Hamburg 2015, darlegt; eine gute Kritik findet man unter: <https://www.wsws.org/de/articles/2015/03/12/muen-m12.html>; außerdem gibt es einen "Münkler-Watch": <http://hu.blogspot.de/muenkler-watch/>
8. vgl. ARD-Mediathek Interview Herfried Münkler "Macht in der Mitte" WDR 5 v. 09.04.2015; aufrufbar unter: <http://www.ardmediathek.de/radio/WDR-5-Neugier-gen%C3%BCgt-Redezeit/mit-Herfried-M%C3%BCnkler-Macht-in-der-Mitte/WDR-5/Audio-Podcast?documentId=27587754&bcastId=19335430>
9. Daniel Dettling "Mehr Führung wagen!" The European.de" 24.03.2015; <http://www.theeuropean.de/daniel-dettling/9944-herfried-muenklers-buch-macht-in-der-mitte>
10. Mikis Theodorakis zitiert nach Jürgen Roth "Der stille Putsch", Wilhelm Heyne Verlag München 2014, S.18
11. vgl. "Krise in Griechenland - Ex-Premier Papandreou fordert Euro-Referendum", SPIEGEL-Online 04.05.2015, <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/griechenlands-giorgos-papandreou-fordert-euro-referendum-a-1031894.html>
12. wie 1., S.142
13. Herbert Thomsen "Der Arbeitsmarkt ruft: Vorboten eines drastischen Wandels" 17.04.2015, <http://www.bev-bremen.de/?p=855>
14. Yanis Varoufakis, Stuart Holland, James K. Galbraith "Bescheidener Vorschlag zur Lösung der Eurokrise", Verlag Antje Kunstmann, München 2015
15. DGB 10.02.2015 "Resolution - Für einen Kurswechsel in Griechenland und Europa", <http://www.dgb.de/themen/++co++316cd13e-b129-11e4-882a-52540023ef1a>
16. wie 14., S.38ff

17. Marc Pitzke "Griechenlands Schuldenpoker: IWF-Chefin Lagarde lässt Varoufakis abblitzen", SPIEGEL-Online 17.04.2015, <http://www.spiegel.de/wirtschaft/gianis-varoufakis-bekommt-von-christine-lagarde-keinen-zahlungsaufschub-a-1029051.html>
18. Wolfgang Münchau "IWF-Tagung Washington: Die Griechen haben keinen Plan B - und keinen Plan A", SPIEGEL-Online 20.04.2015; <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/griechenland-kein-plan-b-muenchau-kolumne-a-1029498.html>
19. wie 14., S.30
20. wie 14., S.26ff
21. wie 14., S.28
22. Yanis Varoufakis "Rettet den Kapitalismus!", WOZ Nr. 09/2015 v. 26.02.2015, <http://www.woz.ch/1509/yanis-varoufakis/rettet-den-kapitalismus>
23. wie 1., S. 111
24. <http://www.europa-neu-begrunden.de/sample-page/>
25. wie 14., S.60
26. David Graeber "Schulden - Die ersten 5.000 Jahre", Wilhelm Goldmann Verlag, München 2014, S. 496
27. zit. nach <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/griechenland-haushaltsdefizit-erneut-ueber-drei-prozent-a-1029713.html>
28. wie 1., S.11
29. Mirjam Moll "Warum der IWF unerbittlich bleibt", dpa 06.05.2015
<http://web.de/magazine/wirtschaft/griechenland-krise/schuldenkrise-griechenland-iwf-unerbittlich-bleibt-30621670>
30. Naomi Klein "Die Schockstrategie", S.Fischer Verlag, Frankfurt a.M. 2007, S.363
31. Joseph Stiglitz „Die Schatten der Globalisierung“, Siedler-Verlag, 2002, S.283f
32. zit. nach "Schäuble warnt vor Staatspleite Griechenlands", manager-magazin 09.05.2015;
<http://www.manager-magazin.de/politik/artikel/schaeuble-warnt-vor-ueberraschender-staatspleite-griechenlands-a-1032992.html>
33. <http://www.spiegel.de/fotostrecke/grafiken-verteilung-von-armut-und-reichtum-in-deutschland-fotostrecke-105135-4.html>
34. <http://www.spiegel.de/fotostrecke/grafiken-verteilung-von-armut-und-reichtum-in-deutschland-fotostrecke-105135-5.html>
35. Kreiert wurde dieses "Modell für das Wirtschaften in der Welt" von Angela Merkel in der FAZ vom 14.01.2009
36. wie 1., S. 123
37. Srećko Horvat und Slavoj Žižek "Debattenbeitrag zum Fall Varoufakis: Den Finger in die richtige Richtung gestreckt" SPIEGEL-Online 17.03.2015; <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/giannis-varoufakis-slavoj-zizek-ueber-mittelfinger-affeere-a-1023907.html>
38. zit. nach 1. S.137. In seinem philosophischen Mammutwerk "Weniger als nichts - Hegel und der Schatten des dialektischen Materialismus", Suhrkamp Verlag Berlin 2014, begründet Žižek seine marxkritische Position ausführlich
39. wie 1., S.126
40. Slavoj Žižek "Das Jahr der gefährlichen Träume" , S.Fischer Verlag Frankfurt a.M., 2013, S.69
41. wie 1., S.125
42. wie 1., S.124; ähnlich äußert sich Žižek auch in seiner Kritik der Linken "Die bösen Geister des himmlischen Bereichs: Der linke Kampf um das 21. Jahrhundert", Fischer Verlag, 2013, wo er moniert, dass die Linken oft lieber auf dem Balkon über die Weltlage debattieren, statt auf die Straße zu gehen
43. wie 1., S.130f
44. wie 40., S.199
45. wie 1., S.116
46. vgl. "Drohende Staatspleite: Tsipras sucht Mehrheit für harte Sparmaßnahmen", SPIEGEL-Online 10.05.2015; <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/staatspleite-tsipras-sucht-mehrheit-fuer-harte-sparmassnahmen-a-1033045.html>
47. zit. nach "Griechenland-Krise: Was hinter Tsipras' Referendumsplan steckt", SPIEGEL-Online 29.04.2015; <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/griechenland-alexis-tsipras-und-sein-referendum-was-dahinter-steckt-a-1031200.html>